

Mitteilung des Senats vom 8. Februar 2005

Regionaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Bremen und Bremerhaven

Bilanz zur Umsetzung mit Stand 31. Dezember 2004

Die Schaffung ausreichender Ausbildungsmöglichkeiten für die jungen Bürgerinnen und Bürger der Freien Hansestadt Bremen stellt ein zentrales Anliegen der bremischen Politik dar. Der Senat hat daher beschlossen, der Bürgerschaft (Landtag) die Bilanz des Regionalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs zur Kenntnis zu geben.

Die Statistik der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge bestätigt den Erfolg des Ausbildungspaktes im Jahr 2004. Nach Angaben aller Kammern wurden bis zum 30. September 2004 in Bremen 455 Ausbildungsverträge mehr abgeschlossen als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Das entspricht einem Zuwachs von 8,6 %. Damit gibt es erstmals seit dem Jahr 2000 einen Anstieg bei den eingetragenen Verträgen.

Bremen kann mit dieser Bilanz im Vergleich der Länder von 2003 auf 2004 den höchsten Zuwachs an neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen verzeichnen:

	Zuwachs	Prozent
Bremen	455	+ 8,6
Alte Länder	14.129	+ 3,2
Neue Länder und Berlin	1.217	+ 1,0
Bundesgebiet	15.346	+ 2,8

Angaben des Bundesinstituts für Berufsbildung, 2004

Bei den rein betrieblichen Verträgen hat es nach den aktuell vorliegenden Schätzungen des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) in allen 16 Ländern Zuwächse gegeben. Das BIBB gibt die Veränderungsdaten zwischen + 1,7 % in Bayern und zehn und mehr Prozent in Bremen, Berlin, und Sachsen-Anhalt an.

Der Anstieg der Vertragsabschlüsse im Lande Bremen wurde im Wesentlichen in den Ausbildungsbereichen Industrie und Handel (um 341 Plätze, d. h. 10,4 %) und Handwerk (um 108 Plätze, d. h. 8,6 %) erzielt.

Zu dieser Trendwende hat nach Auffassung des Senats maßgeblich der Regionale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Bremen und Bremerhaven (Regionaler Pakt) beigetragen, der am 30. Juni 2004 für die Dauer von drei Jahren analog zur Laufzeit des Nationalen Paktes für Ausbildung abgeschlossen wurde.

Das Hauptziel des Regionalen Paktes war die Einwerbung von 280 neuen Ausbildungsplätzen der Wirtschaft (ein Angebot von bisher nicht ausbildenden Unternehmen und ein Angebot von Unternehmen, die Ausbildungsplätze über die Zahl der freiwerdenden Ausbildungsplätze hinaus zur Verfügung stellen). Dieses Ziel wurde bereits zum 30. September 2004 weit übertroffen. Die Wirtschaft hatte 855 neue Ausbildungsplätze eingeworben: In den kaufmännisch-verwaltenden Berufen, die durch die Handelskammer Bremen betreut werden, konnten seit Jahresbeginn 2004 570 neue Ausbildungsplätze akquiriert werden. Die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven hat mehr als 180 neue Ausbildungsplätze eingewor-

ben. Die Handwerkskammer Bremen konnte trotz der schwierigen wirtschaftlichen Situation vieler Mitgliedsbetriebe für Bremen und Bremerhaven mehr als 105 neue Plätze einwerben. 148 Ausbildungsplätze wurden durch den Senator für Finanzen in Bremen und Bremerhaven zur Verfügung gestellt.

Der Regionale Pakt enthält acht konkrete Verabredungen. Mit diesen Verabredungen wurden die Ziele des Nationalen Paktes aufgegriffen, auf die regionalen Gegebenheiten angepasst und um die Weiterentwicklung erfolgreicher Initiativen des Bündnisses für Arbeit und Ausbildung in Bremen und Bremerhaven ergänzt. Darüber hinaus wurde als mittelfristige Maßnahme die Qualitätssteigerung in der beruflichen Bildung – durch das Projekt „Bremer Initiative Innovative Berufsbildung“ – zusätzlich in die Zielvereinbarung aufgenommen. Das Plenum des Bündnisses für Arbeit und Ausbildung hat sich am 31. Oktober 2004 über den Stand dieser Verabredungen berichten lassen. Dieser Bericht ist als Anlage beigefügt.

Seit dem 31. Oktober 2004 sind hinsichtlich einiger Verabredungen des Regionalen Paktes wesentliche Fortschritte zu verzeichnen:

- Die Wirtschaft hat bis zum 30. Dezember 2004 insgesamt 981 neue Ausbildungsplätze eingeworben: bei der Handelskammer Bremen 653, bei der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven 196 und bei der Handwerkskammer 132 (davon 18 in Bremerhaven).
- Damit die Einwerbung von neuen Ausbildungsplätzen und die Nachvermittlungskaktionen der Kammern und der Agenturen für Arbeit zur Besetzung offener Ausbildungsplätze nicht behindert wird, haben sich die Partner des Regionalen Paktes darauf verständigt, mit der offensiven Einwerbung von betrieblichen Plätzen zur Einstiegsqualifizierung (EQJ) erst im Oktober 2004 zu beginnen. Trotz dieses späten Starts konnten von den Betrieben bis zum Jahresende 2004 bereits 237 der für 2004/2005 vereinbarten 240 Plätze zur Verfügung gestellt werden. 156 EQJ-Plätze kommen aus dem Bereich der Handelskammer Bremen, 41 aus dem Bereich der Handwerkskammer (für Bremen 35 und Bremerhaven sechs) und 40 wurden durch die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven gemeldet. Der Senator für Bildung und Wissenschaft bietet diesen Jugendlichen ab Februar 2005 ergänzenden Berufsschulunterricht an (2. Verabredung des Regionalen Paktes).
- Bisher bestanden für den erforderlichen Datenabgleich zwischen den Kammern und den Agenturen für Arbeit noch datenschutzrechtliche Hinderungsgründe. U. a. konnten bei den Nachvermittlungskaktionen nur mit schriftlichen Einverständniserklärungen der unvermittelten Bewerber die Ergebnisse des von der Agentur für Arbeit durchgeführten Kompetenzchecks genutzt werden und eine gemeinsame Beratung erfolgen. Inzwischen wurden in der Paktlenkungsgruppe auf nationaler Ebene Lösungswege vorgelegt. Durch eine Verwaltungsvereinbarung gemäß § 37 SGB III (Beauftragung Dritter) wird eine vereinfachte Regelung zur Weitergabe der Bewerberdaten ermöglicht (3. Verabredung des Regionalen Paktes).
- Über die Ausbildungsinitiative Bremen/Bremerhaven (AIBB) konnten 67 betriebliche Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche geschaffen werden, davon elf in Bremerhaven.
- Die Ausbildungssituation in Bremerhaven ist besonders schwierig. Mit dem Instrument „Ausbildungspool“ ist es gelungen, bis zum 13. Dezember 2004 93 zusätzliche Ausbildungsplätze in kleinen Betrieben, die bislang nicht ausbilden konnten, einzurichten.
- Aufgrund der gemeinsamen Anstrengungen aller beteiligten Partner des Paktes ist es gelungen, im Rahmen der Nachvermittlungskaktion bis Ende 2004 allen zum Stichtag 30. September 2004 unversorgten Jugendlichen ein Angebot auf einen Ausbildungsplatz oder auf eine Einstiegsqualifizierung zu unterbreiten.
- Aktueller Stand des Projekts „Bremer Initiative Innovative Berufsbildung“:
Die offensive und ehrgeizige Zielsetzung unter dem Motto „Qualifizieren statt versorgen – Innovation statt Subvention“ strebt an,
 - die Steigerung der Attraktivität der Berufsausbildung durch eine deutliche Qualitätssteigerung zu erreichen,

- durch eine Senkung der Ausbildungskosten die Erhöhung des betrieblichen Nutzens sowie
- eine deutlich höhere Ausschöpfung der ungenutzten Ausbildungspotentiale der bremischen Wirtschaft sicherzustellen.

Die Handelskammer Bremen und die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven prüfen derzeit, ob sie die gemeinsame Federführung für das Vorhaben übernehmen können. Der bremische Senat begrüßt diese Überlegungen ausdrücklich, weil dadurch sichergestellt ist, dass sich die Wirtschaft zu ihrer Verantwortung für die duale Berufsbildung an den Standorten Bremen und Bremerhaven bekennt. Das Institut für Technik und Bildung (ITB) der Universität Bremen begleitet das Vorhaben.

Die Zahl der Ausbildungsplatznachfragerinnen und -nachfrager wird im Land Bremen bis zum Jahr 2009 steigen. Der Senat bittet daher die Partner des Regionalen Paktes in ihren Bemühungen nicht nachzulassen, damit die in 2004 erreichten Erfolge fortgesetzt werden können. Ziel muss es weiterhin bleiben, dass alle ausbildungswilligen und ausbildungsfähigen Jugendlichen in Bremen und Bremerhaven einen Ausbildungsplatz erhalten. Auf die Situation der jungen Frauen und ihre angemessene Beteiligung an den Erfolgen der Ausbildungsplatzakquisition soll besonders geachtet werden. Darüber hinaus sind auch Maßnahmen im Sinne des „Förderns und Forderns“ zu initiieren, mit denen die Gruppe der so genannten unversorgten Jugendlichen erreicht werden kann.

Da die Nachvermittlungsaktionen der Kammern und der Agenturen für Arbeit gezeigt haben, dass der angespannte Ausbildungsmarkt zu einem großen Problem bei der Eingliederung benachteiligter Jugendlicher führt, unterstützt der Senat das Vorhaben der Ausbildungsinitiative Bremen/Bremerhaven (AiBB), benachteiligte Jugendliche einzustellen und betrieblich auszubilden. Er appelliert an die Unternehmen, entsprechende Praxisplätze zur Verfügung zu stellen.

Der Senat unterstützt den Regionalen Pakt insbesondere in dem Anliegen, mittelfristig die Attraktivität des dualen Berufsbildungssystems für Jugendliche und Betriebe zu steigern. Mit dem durch die Handelskammer Bremen und die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven getragenen Projekt „Bremer Initiative Innovative Berufsbildung“ soll eine deutlich höhere Ausschöpfung der Ausbildungspotentiale der bremischen Wirtschaft erreicht werden. Die erfolgten Änderungen im Berufsbildungsgesetz sollen dafür ebenfalls genutzt werden. Der Senat bittet die zuständigen Ressorts, die Umsetzung dieses Projektes positiv zu begleiten und Ende des Jahres 2005 über erzielte Fortschritte zu berichten.

Er bittet den Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales sowie den Magistrat der Seestadt Bremerhaven, sich bei der inhaltlichen und finanziellen Ausgestaltung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Arbeitsgemeinschaften zur Umsetzung des SGB II dafür einzusetzen, dass die Anliegen des Regionalen Paktes und die dort getroffenen Verabredungen nachhaltig unterstützt werden. Jugendliche aus den Bedarfsgemeinschaften (d. h. Bezieher von Leistungen gemäß SGB II) müssen an den Erfolgen ebenfalls partizipieren können.

Anlage:

Vorlage für das Plenum des Bündnisses für Arbeit und Ausbildung in Bremen und Bremerhaven am 16. November 2004 zum Thema

Bericht zur Umsetzung des Regionalen Paktes mit Stand 31. Oktober 2004

**Vorlage für das Plenum des Bündnisses für Arbeit und Ausbildung
in Bremen und Bremerhaven
am 16. November 2004**

TOP 3

Regionaler Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Bremen und Bremerhaven

Bericht zur Umsetzung mit Stand 31. Oktober 2004

A) Ausgangslage

Der Regionale Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Bremen und Bremerhaven ist am 30. Juni 2004 für die Dauer von drei Jahren analog zu der Laufzeit des Nationalen Paktes für Ausbildung abgeschlossen worden. In acht konkreten Verabredungen werden die Ziele des Nationalen Paktes aufgegriffen, auf die regionalen Gegebenheiten angepasst und um die Weiterentwicklung erfolgreicher Initiativen des Bündnisses ergänzt. Darüber hinausgehend wird als mittelfristige Maßnahme die Qualitätssteigerung in der Beruflichen Bildung – duale Qualifizierung für den Wirtschaftsstandort Bremen – zusätzlich in die Zielvereinbarung aufgenommen.

Der Pakt wurde von folgenden Partnern unterzeichnet:

- Arbeitgeberverband Bremerhaven e. V., Arbeitgeberverband Handwerk Bremen e. V., Handelskammer Bremen, Industrie - und Handelskammer Bremerhaven, Handwerkskammer Bremen, Kreishandwerkerschaft Bremerhaven-Wesermünde e. V., Unternehmensverbände im Lande Bremen e. V.;
- Agentur für Arbeit Bremen, Agentur für Arbeit Bremerhaven;
- Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, Senator für Bildung und Wissenschaft.

Das Plenum des Bündnisses für Arbeit und Ausbildung verständigte sich in seiner Sitzung am 30. Juni 2004, dass die Ergebnisse der Arbeit des Paktes, dem die Gewerkschaften und die Arbeitnehmerkammer nicht beigetreten sind, gleichwohl im Rahmen der Beratungen des Plenums gemeinsam erörtert werden sollen. Die Arbeitsgruppe Ausbildung wurde gebeten, die Beratung für das Plenum vorzubereiten. Daneben wurde die Arbeit des Jour Fixe, der unter der Federführung des Senators für Bildung und Wissenschaft und der Handelskammer Bremen zur Vorbereitung des Paktes eingerichtet worden war, fortgesetzt, um aktuell notwendige Abstimmungen zeitnah vornehmen zu können.

B) Erste Bilanz zum 31. Oktober 2004

Die Arbeitsgruppe Ausbildung hat in ihrer Sitzung am 1. November 2004 die bisherige Arbeit bilanziert und sich auf die nachstehende Darstellung und Einschätzung verständigt. Die Bilanzierung orientiert sich an den Vereinbarungen des regionalen Paktes und greift dessen Gliederung auf:

a) Umsetzung des Nationalen Paktes in Bremen und Bremerhaven

1. Verabredung: Einwerbung neuer Ausbildungsplätze

	Soll	Ist
Wirtschaft	280 Plätze	901 Plätze
Öffentlicher Dienst	148 Plätze	148 Plätze

Mit Stand vom 31. Oktober 2004 sind die vereinbarten Zielzahlen weit übertroffen worden: Die Handelskammer Bremen hat 581 neue Plätze, die Handwerkskammer Bremen 124 Plätze (davon 16 in Bremerhaven) und die Industrie - und Handelskammer Bremerhaven 196 Plätze neu eingeworben. Die zusätzlichen Plätze im öffentlichen Dienst sind alle besetzt, von den 148 Plätzen entfallen zwölf auf Bremerhaven.

2. Verabredung: Einwerbung von betrieblichen Angeboten zur Einstiegsqualifizierung

	Soll	Ist
Regionale Wirtschaft	240 Angebote	155 Angebote

Die Partner in Bremen und Bremerhaven hatten sich verständigt, mit der Einwerbung von Plätzen zur Einstiegsqualifizierung erst zu beginnen, wenn die Nachvermittlungsaktionen beendet sind. Der Senator für Bildung und Wissenschaft wird für die schulpflichtigen Jugendlichen, die an einer Einstiegsqualifizierung teilnehmen, ab Februar 2005 ergänzenden Berufsschulunterricht anbieten.

Trotz des Starttermins Ende Oktober 2004, mit der die Einwerbung von betrieblichen Angeboten zur Einstiegsqualifizierung begonnen wurde, ist mindestens von einer Erreichung der Zielzahlen auszugehen. Von den 155 Angeboten entfallen 24 auf Bremerhaven.

3. Verabredung: Datenabgleich zwischen den zuständigen Stellen und den regionalen Agenturen für Arbeit

Bisher bestehen für den erforderlichen Datenabgleich zwischen den Kammern und den Agenturen für Arbeit noch datenschutzrechtliche Hinderungsgründe. U. a. können bei den Nachvermittlungsaktionen von den Agenturen für Arbeit und Kammern nur mit schriftlichen Einverständniserklärungen der unvermittelten Bewerber die Ergebnisse des von der Agentur für Arbeit durchgeführten Kompetenzchecks genutzt werden und eine gemeinsame Beratung erfolgen. Eigens hierzu werden in der Pakt-Lenkungsgruppe unter Beteiligung der Spitzenverbände der Wirtschaft auf nationaler Ebene Lösungswege erarbeitet. Die Partner des Paktes regen an, dass sich die Freie Hansestadt Bremen im Rahmen der für eine Gesetzesänderung notwendigen Beratungen im Bundesrat für eine schnelle Lösung einsetzt.

b) Fortsetzung erfolgreicher Initiativen in der Freien Hansestadt Bremen

4. Verabredung: Schaffung von neuen Ausbildungsplätzen durch Verstärkung der Ausbildungskooperationen

	Soll	Ist	Anmerkungen
LP Ausbildung im Verbund (AiV)	90 Plätze	117 Plätze	Davon 14 in Bremerhaven
Ausbildungsinitiative Bremen/Bremerhaven (AiBB)	80 bis 100 Plätze, Planzahl für 2005 50 Plätze mit Stand 1. September 2004, Planzahl für 2004	36 Plätze	Davon vier in Bremerhaven
LP Ausbildungspartnerschaften	100 Plätze	209 Plätze	Davon 160 in Bremerhaven

Für das Ausbildungsjahr 2004 konnte die Zielzahl der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze im Verbund übertroffen werden. In Bremerhaven konnte der Anteil gegenüber dem Jahr 2003 gehalten werden. Für die Bremerhavener Betriebe steht ein alternatives Angebot durch das Förderprogramm des Magistrats Bremerhaven für die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze zur Verfügung.

Mit der Gründung der Ausbildungsplatzinitiative Bremen/Bremerhaven (AIBB) sollen betriebliche Ausbildungsplätze für benachteiligte Jugendliche geschaffen werden. Die Initiative hat ihre Arbeit zum 1. September 2004 aufgenommen, sie wird durch den Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit Jugend und Soziales aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds unterstützt. Die Zielzahl wurde wegen des späten Beginns dieser neuen Initiative auf 50 Plätze angesetzt. Inzwischen sind bereits 36 Plätze besetzt. Innerhalb der Arbeitsgruppe Ausbildung wurde diskutiert, ob sich nicht zusätzlich alle Partner im Bündnis für die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen für benachteiligte Jugendliche offensiv werben sollten.

Mit dem Landesprogramm Ausbildungspartnerschaften konnten gegenüber dem Jahr 2003 die Zahl der Ausbildungsplätze noch einmal erheblich gesteigert werden.

5. Verabredung: Unterstützung des Ausbildungsmanagement

- Ausbau der Eignungsfeststellung durch die Agenturen für Arbeit in Bremen und Bremerhaven

Die Agenturen für Arbeit und die Kammern haben bei den Nachvermittlungsaktionen den Kompetenzcheck der Agenturen für Arbeit angewandt. In Bremen geschah dies für alle Jugendlichen, in Bremerhaven für einen großen Teil.

- Nutzung der Dienstleistungen der zentralen und einheitlichen Anlaufstellen der Ausbildungsbüros in Bremen und Bremerhaven

Das Projekt „EXAM/Ausbildungsbüro Bremen“ hat 1.771 Betriebe bezüglich einer Ausbildung kontaktiert. Hiervon sind 520 Betriebe intensiv beraten worden, so dass die Zielzahl von 550 Betriebsberatungen schon fast erreicht wurde. Beim „Projekt EXAM/Ausbildungsbüro Bremerhaven“ wurden 314 Betriebsberatungen durchgeführt, die vereinbarte Zielzahl von 300 ist übertroffen.

Folgende Ausbildungsplätze wurden eingeworben:

	Soll	Ist
EXAM	115	417
EXAM-Plus	60	86

- Einwerbung von neuen Ausbildungsplätzen durch zusätzliche Ausbildungsplatzwerberinnen und Ausbildungsplatzwerber bei den zuständigen Stellen

Die Industrie - und Handelskammer Bremerhaven hat in Bremerhaven einen neuen Ausbildungsplatzwerber eingestellt. Die Handwerkskammer Bremen hat durch interne Umorganisation für diese Aufgabe für die Stadt Bremen drei und für die Stadt Bremerhaven einen neuen Ausbildungsplatzwerber zur Verfügung stellen können. Die Handelskammer Bremen bereitet die Einstellung von vier neuen Ausbildungsplatzwerberinnen und -werbern vor.

- Verabredung gemeinsamer Nachvermittlungsaktionen

Von der Agentur für Arbeit Bremen wurden 224 unvermittelte Bewerberinnen und Bewerber eingeladen, hiervon sind 169 zum Termin erschienen. Von diesen erhielten 162 ein Angebot auf Ausbildung oder EQJ.

Von der Agentur für Arbeit Bremerhaven wurden bei 1. Nachvermittlungsaktion 577 unvermittelte Bewerberinnen und Bewerber eingeladen, von denen 199 erschienen sind. Bei der 2. Nachvermittlungsaktion wurden noch einmal 228 unvermittelte Bewerberinnen und Bewerber eingeladen, von denen 99 erschienen sind. Insgesamt haben 241 unvermittelte Bewerberinnen und Bewerber ein konkretes Angebot erhalten.

6. Verabredung: Verbesserung der schulischen Berufsorientierung

Im September 2004 wurde eine Arbeitsgruppe „Erarbeitung eines Konzeptes für die Berufsorientierung in der Sekundarschule“ eingerichtet, in der Vertreter aus Wirtschaft, aus den Schulformen und aus dem Landesinstitut für Schule (LIS) mitarbeiten. Ziel der Arbeitsgruppe ist die Erarbeitung von Rahmenbedingungen für die Arbeits-, Berufs- und Lebensweltorientierung junger Menschen in der Sekundarschule. Diese bestehen aus einem praxisorientierten Wahlpflichtangebot mit Zielrichtung Berufsausbildung bzw. weiterführender Bildungswege für Realschüler/-innen. Nach einer umfassenden Bestandsaufnahme der wichtigsten Maßnahmen zur Arbeits- und Berufsorientierung in Bremen wurden folgende Arbeitsschritte benannt: Stärkung der Verbindlichkeit von Arbeits- und Berufsorientierung an allen Bremer Schulen durch Einführung einer Richtlinie, definierter Qualitätsanspruch und Gütesiegel durch den Senator für Bildung, breiter Einsatz des Berufswahlpasses, Evaluation der Konzepte, Einbindung aller Maßnahmen zur allgemeinen Berufsorientierung.

Der Berufswahlpass ist mittlerweile in 14 Bremer Schulen eingeführt. Diese Schulen haben mit dem LIS die Zielvereinbarung „Arbeit mit dem Berufswahlpass“ beschlossen, die sie u. a. verpflichtet, den Berufswahlpass in ihr Konzept zu integrieren und seine Wirksamkeit zu evaluieren. Ziel ist es, den Berufswahlpass verpflichtend in den Bremer Schulen einzuführen.

In den Jahrgängen 8 und 9 des Bildungsganges Hauptschule werden zurzeit flächendeckend zehnwöchige Werkstattphasen mit pädagogischer und berufsorientierender Funktion durchgeführt.

Der Senator für Bildung und Wissenschaft beginnt zudem am 1. Januar 2005 mit einem Pilotprojekt zur gezielten Berufsorientierung für zwölf Schulen (zwei Schulen in Bremerhaven). Dieses Projekt richtet sich an Schulen, die durch eine problematische Schülerschaft (hoher Migrantenanteil, bildungsferne Elternhäuser, hohes Gewaltpotential) gekennzeichnet sind. Erfahrungsgemäß haben diese Jugendliche besondere Schwierigkeiten, in den Ausbildungsmarkt integriert zu werden.

7. Verabredung: Duale Ausrichtung der schulischen Berufsvorbereitung

Soll: Im Jahr 2004/2005 werden im Land Bremen ca. 3.900 Plätze in Maßnahmen zur Berufsvorbereitung angeboten.

Ist: Die Platzzahl wird sich gegenüber 2003/2004 erhöhen. Konkrete Angaben zum Platzangebot können aufgrund der Neuordnung der Zuständigkeiten gemäß SGB II/III erst Ende Juni 2005 erfolgen.

Die vom Bündnis für Arbeit und Ausbildung eingesetzte Arbeitsgruppe hat im vorgegebenen Zeitraum (September 2004) ein gemeinsames Fachkonzept für die Durchführung der berufsvorbereitenden Lehrgänge erarbeitet. In diesem Konzept wird eine Anpassung bestimmter Angebote der schulischen Berufsvorbereitung an die Vorgaben des Konzepts der Agentur für Arbeit vorgenommen. Dadurch kann die Forderung nach Verbesserung der Durchlässigkeit und Transparenz zwischen den einzelnen Angeboten weitgehend erfüllt werden. Die konzeptionelle Integration der neuen gesetzlichen Möglichkeiten zur Modularisierung und die wechselseitige Anerkennung bereits vermittelter Inhalte ist dadurch weitgehend gewährleistet. Voraussetzung für ein gemeinsames Vorgehen der Agenturen und der Beruflichen Schulen ist eine Änderung der Schulpflichtbestimmung: Sie ist eingeleitet worden mit dem Ziel, dass eine Änderung zum Schuljahr 2005/2006 greifen kann.

Dieser Vorlage ist eine Anlage zu „Rahmendaten für das Gesamtkonzept für Berufsvorbereitende Maßnahmen der Wirtschaftsregion Bremen“ beigefügt.

8. Verabredung: Überprüfung der Verabredungen

Die Überprüfung des Regionalen Pakts für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Bremen und Bremerhaven wird von Partnern des Bündnisses für Arbeit und Ausbildung in Bremen und Bremerhaven vorgenommen. Hierbei werden Vereinbarungen über Datenabgleiche auf Bundesebene berücksichtigt. Eine erste Überprüfung ist mit dieser Beratungsvorlage für das Bündnis erfolgt.

c) Bremer Initiative Innovative Berufsbildung (Arbeitstitel)

Mit Stand Oktober 2004 hat das Institut für Technik und Bildung (ITB) in der Universität Bremen unter Leitung von Professor Felix Rauner einen Entwurf für ein Bremer Landesprogramm „Innovative Berufsbildung 2010 – IBB 2010“ vorgelegt. Dieser Entwurf enthält für die außerschulische Berufsbildung detaillierte Ausführungen zur

- Zielorientierung und Reform,
- geplanten Programmorganisation,
- Programmübersicht,
- Arbeitsplanung,
- Umsetzung in Einzelprojekten.

Die Erstellung dieses Entwurfs von Professor Rauner wurde von der Handelskammer Bremen und dem Senator für Bildung und Wissenschaft begleitet. In dem Programmentwurf sind sämtliche Initiativen aufgegriffen, die im Regionalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs am 30. Juni 2004 unter der Zielsetzung „Qualifizieren statt Versorgen – Innovation statt Subvention“ vereinbart wurden.

In den nächsten Arbeitsschritten wird dieser Entwurf in den zuständigen Senatsressorts (Arbeit, Bildung, Finanzen, Senatskanzlei und Wirtschaft) insbesondere

hinsichtlich der Finanzierungsmöglichkeiten beraten. Die Handelskammer Bremen hat sich bereit erklärt, das Programm mit den zuständigen Partnern in der Wirtschaft zu erörtern.

C) Bewertungen und Beschlussempfehlung für das Plenum

Die Arbeitsgruppe Ausbildung hat die erste Bilanz zur Umsetzung des Regionalen Paktes einvernehmlich als sehr positiv beurteilt und folgende Gesichtspunkte hervorgehoben:

- Der bei der Handelskammer Bremen, der Industrie- und Handelskammer Bremerhaven und der Handwerkskammer Bremen registrierte Zuwachs an neuen Ausbildungsverträgen zeigt, dass die intensiven Anstrengungen des Ausbildungspaktes Früchte tragen: Neue Ausbildungsplätze konnten mobilisiert und zusätzliche Ausbildungsmöglichkeiten für Jugendliche geschaffen werden. In den nächsten Wochen werden die Bemühungen unverändert fortgesetzt, offene Stellen zu besetzen. Trotz der gestiegenen Zahl der Ausbildungsplatzsuchenden scheint zum Jahresende erreichbar, dass jeder noch unvermittelte Jugendliche ein Angebot im Land Bremen erhalten kann.
- Die aktuellen Zahlen auf dem Ausbildungsmarkt zeigen, dass in der Nachvermittlungsphase weitere Erfolge erzielt werden konnten. Das gemeinsame Handeln der Paktpartner hat sich bewährt. Die vom Bündnis beschlossenen Instrumente führen zur zielorientierten Beratung und Förderung der Jugendlichen, zugleich erhalten Betriebe eine Unterstützung, um Ausbildungsabbrüche zu vermeiden.
- Die Partner des Paktes sind sich bewusst, dass nicht alle Jugendliche die persönlichen Voraussetzungen mitbringen, um eine betriebliche Ausbildung oder Einstiegsqualifizierung zu beginnen. Sie begrüßen daher ausdrücklich die Anstrengungen der Arbeitsgemeinschaften der Agenturen für Arbeit und der Kommunen Bremen und Bremerhaven, gemeinsame Programme für Jugendliche unter 25 Jahren aufzulegen, mit denen die Arbeitsfähigkeit hergestellt wird.
- Der Pakt ist auf einen Zeitraum von drei Jahren angelegt. Insofern unterstreichen die Partner die Notwendigkeit, sich parallel zu den kurzfristigen Maßnahmen zur Verbesserung der Ausbildungssituation um die Zukunftsfähigkeit der dualen Ausbildung zu steigern. Nur über eine allseitige Qualitätssteigerung kann die Einwerbung zusätzlicher Ausbildungsplätze und die Erhöhung der Ausbildungsquote gelingen. Die Abstimmungen zum geplanten Landesprogramm Berufsbildung 2010 sollen deshalb zügig fortgesetzt werden.

Die Arbeitsgruppe Ausbildung empfiehlt dem Plenum daher folgende Beschlussfassung:

Das Plenum des Bündnisses für Arbeit und Ausbildung nimmt die Bewertung der bisherigen Arbeit des Ausbildungspaktes zur Kenntnis und stimmt dieser zu.